

Dieter Selige

Stadtdirektor verschätzte sich

Kosten für Rathausneubau zwischen 16 und 26 Mio. DM

Kommunalpolitisch begann das Jahr 1990 mit einer faustdicken Sensation und langen Gesichtern beim Stadtdirektor und in der CDU-Fraktion. Zwischen 16,2 Mio. DM und 26,2 Mio. DM liegen die Festpreisangebote der Investoren für den Bau des geplanten Rathauses einschl. Tiefgarage. Die alternativ abgefragten Anmietungspreise bewegten sich zwischen 128 000,— DM und 197 000,— DM pro Monat.

Angesichts der Finanzlage der Stadt ein niederschmetterndes Ergebnis.

In der mittelfristigen Finanzplanung sind bislang ohne Tiefgarage lediglich 8,2 Mio. DM ausgewiesen, davon 7,5 Mio. DM reine Baukosten für das Rathaus. Gegenüber dem billigsten Angebot ergibt sich somit ein Fehlbeitrag von 6,3 Mio. DM oder in Prozent ausgedrückt – von 84 %. Kostenabweichungen in dieser Höhe, gegenüber den von der Verwaltung veranlaßten Schätzungen, können nicht mehr als normal

gewertet werden. Hier besteht dringender Aufklärungsbedarf.

Für die SPD-Fraktion kam diese Entwicklung nicht ganz so überraschend. Aus Kostengründen lehnten wir bekanntermaßen das Rathausprojekt ab. Im Juni 1989 hielten wir Gesamtkosten von 12,7 Mio. DM für realistisch (vergl. NOZ vom 2. 6. 1989). Unsere Zahlen wurden als völlig überzogen zurückgewiesen:

„Für die Verwaltung ist das kategorische Nein der Sozialdemokraten unverständlich . . .“ (Dr. Janning in der NOZ vom 2. 6. 1989)

„Euch geht es nicht um die Sache, Ihr wollt nur Wähler fangen.“ (CDU-Fraktion in der NOZ vom 2. 6. 1989)

Zu dieser Entwicklung kam es, das sei dem Leser hier in Kürze in Erinnerung gerufen, wie folgt:

Bis zum Herbst 1988 gingen

Fortsetz. S. 2

Inhalt

	Seite
Stadtdirektor	1-3
Leserbrief	3
Autowaschen – Reizthema	3
SPD hilft in Leinefelde	4
Oskar Hummel	4
FDP-Minister auf Presse-Trip	4
„Achttausender“ rauf – Mehr Wohnungen	4
Hannemann – geh du vorn	5
Stromerzeugung	6
Zehren von der Substanz	6
Kinderfeindliche Straßen	7
Sicherheitsfarben beim Pkw	7
Grünabfallentsorgung	7
Hausmüllverbrennung	8
2. Dezember 1989	9
Sozialneid	9
Friedliche Zukunft	10
Autofahrer-Lobby	11
Wohnraum schaffen	11
Übergangswohnheim	11
Nitratwerte	11
Franziskus-Hospital	12

(Fortsetzung von Seite 1)

wir gemeinsam mit der CDU von einer kleinen Rathauslösung aus, die vorsah, daß etwa ein Drittel der Verwaltung in dem ehemaligen Verwaltungsgebäude 2 (frühere Michaelisschule) verbleiben sollte.

Dieser Beschluß fand nicht die Zustimmung der Verwaltung, die hinter den Kulissen eine große Rathauslösung betrieb.

Eine für die Verwaltung günstige Gelegenheit ergab sich, als das Arbeitsamt nach geeigneten Büroräumen suchte.

Der Verwaltung gelang es, andere Mitbewerber mit dem Angebot der früheren Michaelisschule (Verwaltungsgebäude 2) aus dem Wettbewerb zu werfen. Sie verkaufte mit Zustimmung der CDU und gegen die Stimmen der Opposition das Verwaltungsgebäude an einen privaten Investor.

Nur „unwesentliche Mehrkosten“ von jährlich 15 000,-- DM“, so Dr. Janning in der NOZ vom 30. 11. 1988, würden für die Ersatzräume der Verwaltung in einem zentralen Verwaltungsgebäude benötigt. Die SPD sprach von geschönten Zahlen (vergl. NOZ vom 2. 11. 1988). Es hagelte Vorwürfe, die sogar persönlich wurden (vergl. NOZ vom 23. 12. 1988). Die CDU entschied sich, dem Stadtdirektor zu folgen und für eine große Rathauslösung zu stimmen. Sie übernahm damit die alleinige politische

Verantwortung. Das gemeinsame vereinbarte kleine Rathausprojekt platzte (vergl. NOZ vom 23. 12. 1988).

Die SPD bekam zu hören:

- Sie sei „unglaublich“, weil „die von unabhängigen Fachleuten ermittelten Finanzierungszahlen seriös seien“ (vergl. CDU in der NOZ vom 23. 12. 1988).
- „Es ist unerträglich, wie die SPD mit Behauptungen und Unterstellungen argumentiert, die jeder sachlichen Grundlage entbehren, um sich so aus einem seinerzeit positiven Beschluß zu einem Oeseder Geschäftszentrum durch die Hintertür wieder zurückzuziehen.“ (Junge Union in der NOZ vom 23. 12. 1988).
- In der CDU-Zeitung „Stadt im Werden“ 3/89 tönte es selbstsicher: „Man kann davon ausgehen, daß sich die verantwortlichen Ratsmitglieder dieses zehnmal überlegt haben. Mit dem gefaßten Beschluß wurde kein Geld verschleudert, sondern nach klarem Konzept diese Behörde (gemeint Arbeitsamt) in die zentrale Lage gebracht.“

Die zentrale Lage des Arbeitsamtes, die auch in anderer Weise hätte erreicht werden können, kommt nun dem Bürger dieser Stadt teuer zu stehen. Das Arbeitsamt zahlt nach der Renovierung des Gebäudes rund 12,-- DM/qm, während

für städtische Amtsstuben umgerechnet 23,70 DM/qm aufgebracht werden sollen. Die Arbeitsverwaltung wird sich sicherlich darüber nicht grämen. Fürwahr eine weise Entscheidung, zunächst zu verkaufen, bevor man weiß, wieviel Geld man für neue aufbringen muß. Schilda läßt grüßen.

Wie lautete doch der Kommentar des Redakteurs Raders in der NOZ am 23. 12. 1988: „Behält die Stadtverwaltung mit ihren Kostenschätzungen von gut 8 Mio. DM recht, werden die Christdemokraten den Lorbeerkrantz für sich in Anspruch nehmen dürfen. Galoppieren die Kosten jedoch davon und fließen die erhofften Zuschüsse nicht, stehen der CDU in Georgsmarienhütte schwere Zeiten bevor.“

Zur Zeit ist guter Rat teuer. Die öffentliche Ausschreibung mußte mangels Finanzierbarkeit aufgehoben werden. Wohin soll nunmehr die Verwaltung? Alle Brücken sind abgebaut, ein Zurück damit unmöglich. Zum Glück steht noch das alte Rathaus!

Aus unserer Sicht muß nunmehr überlegt werden, das Projekt so abzuspecken, daß es im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten, ohne Vernachlässigung anderer Aufgaben und Leistungen, finanzierbar ist. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Auftragsbücher der Bauindustrie gegenwärtig voll sind. Der al-

Fortsetzung. S. 3

(Fortsetzung von Seite 2)

lerortens anlaufende Wohnungsbau hat offensichtlich zu einer völligen Auslastung des Hochbaugewerbes geführt.

Es empfiehlt sich daher, und dem entspricht eine Aufforderung des Bundes, die Errichtung von neuen Verwaltungsbauten zurückzustellen. Das hat den Vorteil, daß ohne Zeitdruck Lösungen gesucht werden können, die langfristig Bestand haben.

Dem könnte die gewünschte rasche Geschäftsansiedlung an der Oeseder Straße entgegenstehen. Doch offenkundig ist die Nachfrage nicht so stark, daß eine Verschiebung größere Nachteile bringen würde.

Hinsichtlich dem Argument von steigenden Kosten ist generell festzustellen, daß unter Berücksichtigung von Inflationsraten auch steigende Einnahmen zu erwarten sind. Bis zur Abflachung der Konjunktur und des Zinsniveaus lassen sich zudem Rücklagen bilden, so daß Zinsen bzw. Zwischenfinanzierungskosten gespart werden können.

Die Erhaltung des alten Rathauses sollte ernstlich erwogen und die zu schaffenden Geschäftsflächen entsprechend der Nachfrage ausgerichtet werden.

Der CDU-Fraktion bieten wir unsere Mitarbeit an, um zu einer gemeinsamen vernünftigen Entscheidung zu kommen.

Dieter Selige

Leserbrief

An den
Stadtrat von GMHütte
4504 Georgsmarienhütte

Betr.: Neues Rathaus

Sehr geehrte Damen und Herren!
Die vom Rat getroffene Entscheidung, in Georgsmarienhütte ein neues Rathaus zu bauen, stößt bei der Bevölkerung auf schärfsten Widerstand, da sie hierfür absolut keine unbedingte Notwendigkeit sieht. Könnten in diesem Fall, bei solchen wichtigen Entscheidungen, nicht vorher die Bürger der Stadt angehört werden?
Entscheiden die Ratsmitglieder z. T. nicht gegen ihr ihnen vom Wähler gegebenes Mandat oder lediglich aus parteipolitischen Gesichtspunkten?
Unverantwortlich ist das Vorhaben bei einem Schuldenberg von weit über 60.000.000,- DM bei steigender Tendenz, geschweige von den enormen Zinslasten.
Die Bürger sind der Auffassung, daß in einer Zeit des jahrelangen wirtschaftlichen Aufschwungs die Schulden der Stadt nicht jährlich enorm erhöht, sondern drastisch und rapide abgebaut werden müssen, andernfalls gehören die Volksvertreter nicht in den Stadtrat.
Die Ansicht vertreten sehr viele Steuerzahler unserer Stadt Georgsmarienhütte.

Mit freundlichem Gruß
W. Schlüter

Autowaschen – ein Reizthema?

Zahlreiche Bürger-Reaktionen hat der Antrag der SPD-Fraktion, das Autowaschen auf „oberflächenentwässertem“ Gelände zu verbieten, hervorgerufen.

„Wo sollen wir denn dann unser Auto waschen?“ war die am häufigsten gestellte Frage. Hier zunächst noch einmal die Fakten:

1. Autowaschen unter Verwendung irgendwelcher Stoffe ist bereits seit langem in Georgsmarienhütte verboten.
 2. Nach Auskunft der Stadtverwaltung ist das Waschen von Autos auf öffentlichen Wegen, Plätzen usw. längst durch die Straßenverkehrsordnung untersagt.
 3. Der Umweltausschuß hat auf unseren Antrag einstimmig beschlossen, die Entwässerungssatzung der Stadt Georgsmarienhütte entsprechend zu ändern. Einzelheiten sind noch vorzubereiten und zu beschließen.
- Der oben genannten Sorge der Bürger kann nur so begegnet werden, daß klar und deutlich gesagt wird, daß wir im Interesse unserer Umwelt (sprich: unserer Gewässer) die Einleitung fremder und schädlicher Stoffe nicht länger zulassen können.

Eine Anregung aus vielen Gesprächen sollte jedoch auf ihre Realisierbarkeit überprüft werden: einige öffentliche, über die Kläranlage entwässerte Autowaschstellen zu schaffen, die jeder Bürger bei Bedarf nutzen kann.

Übrigens: Der Umweltausschuß beschäftigt sich auch intensiv mit Möglichkeiten, insgesamt die Schadstoffeinleitung über die Oberflächenentwässerung (z. B. Kirmesplatz) zu verringern.

Rainer Korte

SPD hilft in Leinefelde



Unser Foto zeigt Dieter Selige, Eberhard Schröder, Helmut Tolsdorf (SPD Georgsmarienhütte) mit Herrn Hoffmann (SPD Leinefelde).

Zu einem Kurzbesuch sind Vertreter der SPD GMHütte nach Leinefelde gefahren.

Neben den von uns überbrachten konkreten Wahlmaterialien wie Schreibmaschinen, Papier, ein Umdruckgerät u. v. m. stand der politische Austausch und das sich Kennenlernen im Mittelpunkt des ersten Gesprächs auf Parteiebene.

Ich war vor allem überrascht von dem guten Stil, den die oppositionellen Gruppen untereinander pflegen, wie man sich gegenseitig mit Material etc. aushilft, um ein Gegengewicht zu den allmächtigen Blockparteien zu bilden.

Die Gespräche vor Ort haben gezeigt, daß keinerlei Zeit mehr für langes Zaudern besteht, sondern es müssen auf allen Ebenen schnell konkrete Hilfen auf-

gebaut werden, um den Menschen Perspektiven und Hoffnungen zu geben.

Dies ist die Voraussetzung dafür, zu verhindern, daß immer mehr Menschen ihre angestammte Heimat verlassen. Von der SPD wurden weitere Hilfen zugesagt.

Oskar Hummel – 70 Jahre

Unlängst feierte Oskar Hummel – langjähriger Vorsitzender der SPD-Fraktion und des Ortsvereins, dazu stellvertretender Landrat des Landkreises – seinen 70. Geburtstag. Er beging ihn im Kreise vieler Freunde aus Parteien, Kirche und Gewerkschaft. Die SPD machte dabei deutlich, daß sich Oskar Hummel verdient gemacht hat um die Stadt Georgsmarienhütte, den Landkreis Osnabrück und die Sozialdemokratie in seiner Heimat. Vor allem der „kleine Mann“ konnte sich immer an ihn wenden. Für ihn setzte er sich mit aller Kraft ein.

FDP-Minister auf Presse-Trip

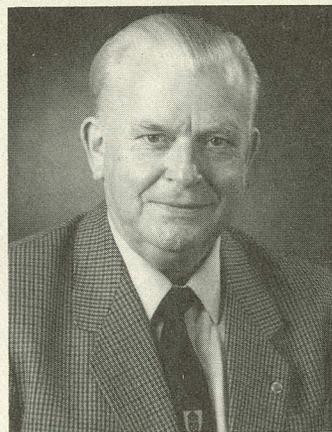
Unlängst besuchte der derzeitige Nds. Minister für Bundesangelegenheiten, Herr Jürgens, den Gipfel des höchsten Berges des Harzes, den Brocken. Er ließ sich mit seiner Staatskarosse bis auf 100 m unter den Gipfel chauffieren (Naturschutzgebiet!), eine Grubenlampe in die Hand drücken und auf dem Brocken ausgiebig fotografieren. Anschließend bestieg er wieder sein Fahrzeug, um den nächsten Wahltermin zu erreichen. Wir verzichten auf derartige Propaganda-Gags, das Thema „DDR“ ist dazu zu ernst!

Klaus Kraegeloh

„Achttausender“ rauf – Putzfrauen runter

Die hiesige CDU scheint ein sehr entwickeltes Gespür zu haben, bei höheren Besoldungsgruppen (über 8000 DM) zuzulegen, während gleichzeitig untere Lohngruppen gedrückt werden. Neuestes Beispiel: Zwei Beamte aus der Spitze der Stadtverwaltung werden demnächst nach A 16 und B 2 besoldet („Achttausender“), dagegen werden die Putzfrauen von Reinigungsfirmen übernommen, müssen die gleiche Arbeit in geringerer Zeit bei gleichzeitiger Lohnkürzung leisten. Ein gutes Beispiel für die Sozialpolitik der CDU!

Klaus Kraegeloh



Mehr Wohnungen – mehr Umweltschutz – Lehrmittelfreiheit!



Hans Kaiser, MDL: SPD will eine bessere Politik

Am 13. Mai sind Landtagswahlen. Die Schwerpunkte einer neuen, besseren Politik für Niedersachsen, die die SPD in ihrem Änderungsantrag zum Haushaltsplan 1990 und in ihrem Wahlprogramm festgelegt hat, nannte Hans Kaiser im Gespräch mit unserer Zeitung. Die SPD will sich nicht mit der unerträglich hohen Arbeitslosigkeit abfinden. Deshalb sollen für eine aktive Arbeitsmarktpolitik (die angesichts der von der Landesregierung mitverantwortenden Kürzung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit um fast 250 Mio. DM erheblich schwieriger geworden ist) zusätzliche Landesmittel eingesetzt werden, insbesondere zur Mitfinanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, zur Weiterbeschäftigung von Langzeitarbeitslosen und zur Förderung arbeitsloser Jugendlicher. Der erhebliche Fehlbestand an Mietwohnungen soll durch ein wirksames Landesprogramm möglichst schnell abgebaut werden.

Mit mehr Geld soll die Umweltpolitik ausgestattet werden: für den Ausbau der Abwasserbeseitigung, für die Förderung von Abfallvermeidung und -verwertung, für die Sicherung und Sanierung von Altlasten, für mehr Personal bei den Umweltbehörden.

Mehr Geld will die SPD für die Bildung ausgeben. Auch in Niedersachsen soll es endlich Lehrmittelfreiheit geben! Außerdem sollen genügend Kindergartenplätze gebaut und die Elternbeiträge für die 3- und 4jährigen Kinder im gleichen Umfang gesenkt werden wie für die 5jährigen Kinder. In jedem Jahr der vor uns liegenden Legislaturperiode sollen 1000 Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden, damit die Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler gewährle-

stet werden können. Weitere Forderungen im sozialpolitischen Bereich (z. B. verbesserte Betreuung alter und kranker Menschen, mehr Mittel für die Drogenbekämpfung), für die Hochschulen (z. B. mehr Studienplätze, mehr preisgünstigen Wohnraum für Studentinnen und Studenten), in der Kulturpolitik (z. B. stärkere Förderung der kulturellen Breitenarbeit) und – nicht zuletzt – für eine wirksame Frauenpolitik, einer wirksamen Frauenförderung, u. a. durch Schaffung eines Frauenministeriums, sind weitere Schwerpunkte des politischen Konzepts, auf dessen Grundlage Gerhard Schröder als neuer Ministerpräsident regieren will.

Hans Kaiser
Landtagsabgeordneter der SPD

Hannemann – geh du vorn...

... wird sicherlich auch in den 90er Jahren der musikalische Schlager sein.

Seine Popularität verdankt dieser Song der Tatsache, daß er nicht nur zeitlos ist, bundes- und landespolitisch von allen politischen Richtungen ohne große Übungen gesungen werden kann, sondern auch dem Umstand, daß er sich kommunalpolitisch von vielen wie von Einzelpersonen, bei fast jeder Gelegenheit, singen läßt.

An dieser Stelle sollen einige Anregungen zwecks Pflege dieses Liedgutes vorgeschlagen werden:

- So werden im Rat Konzepte zum öffentlichen Personennahverkehr erarbeitet; wenn es dann um die Nutzung geht, erschallt es im Chor: „Hannemann, geh ...“

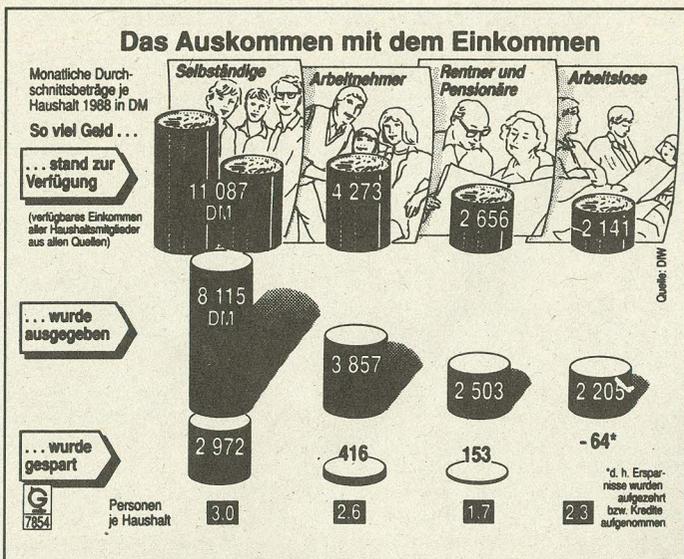
Dabei erlaubt es dieses Lied, daß jeder für sich seinen eigenen

Text singen/summen kann (einer fährt nicht Bus, weil es regnet, ein anderer ist in Zeitnot und, und ...), um schließlich kräftig den Refrain mitzuschmettern.

- Auch bei kurzen Autofahrten ist das Lied ein kurzweiliger Begleiter, wie überhaupt im trockenen Auto besser zu singen ist als zu Fuß an der frischen Luft ...
- Ein leiser Summton ist angebracht bei dem Kauf von Getränkedosen, Einwegflaschen, aufwendigen Verpackungen ...

Es würde den Rahmen sprengen, alle Möglichkeiten aufzuzeigen. Soviel sei abschließend gesagt: Jede(r) kann es singen, statt Taten empfiehlt sich der Gesang, so daß Verhaltensänderungen im Alltag ja überflüssig sind.

Rainer Korte



Umweltfreundliche Stromerzeugung in Georgsmarienhütte (Teil II)

In der vorletzten gig hatten wir darauf hingewiesen, daß der Strom-Konzessionsvertrag mit der RWE 1995/96 ausläuft und wir in Georgsmarienhütte die einmalige Gelegenheit haben, selbst das Stromnetz zu übernehmen und auch umweltfreundlich Strom zu erzeugen und in unser dann eigenes Netz einzuspeisen. Die Situation zu dieser Problematik stellt sich augenblicklich so dar:

● Die Stadt Georgsmarienhütte hat einen Auftrag beim Bundesministerium für Forschung und Technologie auf Bezuschussung einer Windkraftanlage gestellt, die dann an der Kläranlage errichtet werden könnte.

● In der letzten Umweltausschußsitzung sind Möglichkeiten zur Stromerzeugung mit der Wasserkraft der Düte dargestellt worden, die an der Kläranlage neben dem vorhandenen Blockheizkraftwerk und der Windanlage das dritte „Standbein“ darstellen würde.

● Die Ausdehnung der Fernwärmeversorgung in der Oeseder Straße wird seit dem Sommer

ernsthaft geprüft und vorbereitet – übrigens auf das intensive Drängen der SPD-Fraktion hin.

● Beim Landkreis ist ein Energiegutachten in Arbeit, das die Energie- und Stromsituation im Landkreis umfassend darstellen wird.

● Der Werksausschuß im Rat der Stadt Georgsmarienhütte hat über ein eigenes Energiegutachten noch nicht entschieden, da erst die Ergebnisse des Landkreises abgewartet werden sollen.

Insgesamt eine positive Entwicklung, die nur getrübt wird durch die Tatsache, daß Bad Rothenfelde zwischenzeitlich einen neuen Konzessionsvertrag mit der RWE abgeschlossen hat. Es ist natürlich das Bestreben der RWE, die Gemeinden auseinanderzubringen, um so Stück für Stück die Verträge zu erneuern.

Doch nur die Übernahme der Netze durch die Gemeinden kann eine umweltfreundliche Nutzung erneuerbarer Energien sicherstellen.

Rainer Korte

Einkommen von Arbeitslosen reicht nicht aus

Zehren von der Substanz

Der Verdienst des „Haushaltsvorstands“ ist in den meisten Fällen nicht mit dem Haushaltseinkommen gleichzusetzen. Zu diesem Einkommen zählt auch das, was andere Familienmitglieder beisteuern. Und es gehören jene Beträge dazu, die beispielsweise als Kindergeld, Wohngeld, Renten oder Zinseinkünfte in die Haushaltskassen fließen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat alle diese Einkommensquellen zusammengezählt und errechnet, wieviel davon nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben übrig bleibt. Das Ergebnis: Mit Abstand am besten schneiden die Selbständigenhaushalte ab. Sie hatten 1988 im Monat durchschnittlich 11 087 Mark zur Verfügung. Davon gaben sie fast drei Viertel (8 115 Mark) aus, gut ein Viertel (2 972 Mark) legten sie auf die hohe Kante.

Am anderen Ende der Einkommens-Skala stehen die Haushalte von Arbeitslosen. Ihr monatlich verfügbares Einkommen belief sich auf durchschnittlich 2 141 Mark. Dem standen 2 205 Mark Ausgaben gegenüber. Das bedeutet: Sie mußten ihre Sparkonten plündern oder Kredite aufnehmen, um über die Runden zu kommen.

aus „KAB“, 10/89

Kath.-Arbeitnehmer-Zeitung



Kinderfeindliche Straßen

Unrühmlicher Spitzenplatz

Die Zahl der Kinder, die in der Bundesrepublik Deutschland im Straßenverkehr verunglücken, ist glücklicherweise seit Beginn der siebziger Jahre deutlich rückläufig. Damals waren es noch über 70 000 im Jahr – 1987 waren es knapp 41 000 – 387 von ihnen wurden dabei getötet. Während die meisten Erwachsenen als Fahrer oder Mitfahrer von Autos und Motorrädern verunglücken, werden Kinder überwiegend als Radfahrer und Fußgänger Opfer des Straßenverkehrs. Im Vergleich mit anderen Ländern erweisen sich die bundesdeutschen Straßen trotz der insgesamt gesunkenen Unfallzahlen als besonders kinderfeindlich. Während hier 459 von je 100 000 Jungen und Mädchen verunglückten, waren es beispielsweise in Frankreich nur 207, in der DDR 139 und in Schweden sogar nur 99. In der Bundesrepublik werden immer mehr Straßen in Wohnvierteln verkehrsberuhigt oder zu Spielstraßen gemacht; vielleicht gelingt es auf diese Weise, den unrühmlichen ersten Platz in der internationalen Kinder-Unfall-Statistik zu räumen.

aus: Die niedersächs. Gemeinde 1/90

Sicherheitsfarben beim Pkw

Seit Jahren sind sich Verkehrssicherheitsexperten einig, daß helle, leuchtende Farben bei allen Pkw's mehr Sicherheit bedeuten.

Man wird früher gesehen oder sieht entgegenkommende Fahrzeuge eher. Nichts scheint von dieser Erkenntnis beim jetzigen Bundesinnenminister heute übriggeblieben zu sein: Gerade die schnellsten Fahrzeuge sind schwarz oder dunkel lackiert. Auch für Rückleuchten scheint die Farbe

Schwarz zur Modefarbe geworden zu sein; sie sind oft nur sichtbar, wenn sie betätigt werden.

In die gleiche Richtung geht die Entwicklung bei reflektierenden Nummernschildern. Sie sind – obwohl seit Jahren im Handel – nur an einem geringen Teil der Fahrzeuge angebracht. Hätte das Anbringen von reflektierenden Nummernschildern nicht schon längst zur Pflicht gemacht werden können?

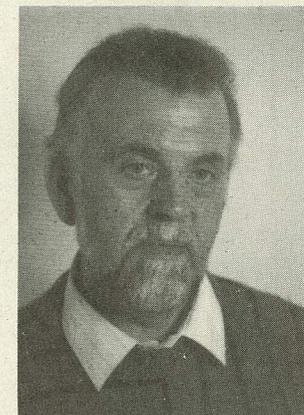
Klaus Kraegeloh

Grünabfall-Entsorgung im Landkreis

Das Abfallgesetz verpflichtet die Körperschaften zur Verwertung – wo eben möglich – vor jeder anderen Entsorgungsart. Bisher wurden Grünabfälle vorwiegend auf Bauschuttdeponien bzw. auf dem Piesberg entsorgt. Eine Kompostierung dieser Grünabfälle würde einen wesentlichen Beitrag zur Abfallverwertung leisten. Der Landkreis hat mit dem Torfwerk Schwegermoor einen Vertrag geschlossen, der beinhaltet, in einem Versuch über 2 Jahre, in 5 Städten und Gemeinden – u. a. auch in Georgsmarienhütte – Sammelplätze einzurichten und dem Torfwerk das gesammelte Material zur Kompostierung zur Verfügung zu stellen.

Das Torfwerk wiederum will das Kompostmaterial mit Torf mischen und in den Handel einbringen – für mich ein fragwürdiges Unternehmen, da keine Begrenzung bzw. Einstellung des Torfabbaus in Sicht ist.

Für mich stellt sich nur ein einseitiger Vorteil in privatwirtschaftlicher Hinsicht dar – zu Lasten von Bürgern, Gewerbe und Kommunen durch Gebührenerhöhung.



Vorrangig ist für mich, daß Kommunen, die eigenständig für Grünabfall-Verwertung Sorge tragen, die vor Ort entsorgen, entsprechende Unterstützung erhalten. Das könnte z. B. so aussehen: zentrale oder dezentrale Anschaffung von Häckslern oder Schreddern, oder aber die Übernahme von Kosten für derartige kommunale Dienste.

Das ganze Thema ist für mich eingebunden in ein Gesamtkonzept umweltverträglicher Abfallwirtschaft. Wir brauchen ein neues „Müllbewußtsein“, auch im Hinblick auf die Probleme unserer überquellenden Mülldeponien.

Friedel Timmermann

Warum wir eine Hausmüll-Verbrennungsanlage ablehnen!

Seit letztem Sommer ist die Hausmüllverbrennungsanlage (HVA) am Piesberg in aller Munde. Die Landkreis-SPD hat daraufhin sehr frühzeitig, im September 1989, einen klaren Ablehnungsbeschluss gefaßt. Hier die wichtigsten Argumente gegen den Bau einer solchen Anlage – hier und anderswo:

1. Gesundheitliche Gründe:

Es werden Stoffe und Verbindungen emittiert, die auch in geringster Konzentration nicht akzeptiert werden können (z. B. Dioxine und Schwermetalle).

2. Müllpolitisch ist eine HVA verheerend, da sie die Bestrebungen zur Vermeidung und Verwertung zerstört:

a) Die benötigten Brennstoffmengen müssen angeliefert werden, dürfen also nicht vermieden werden.

b) Stoffe mit hohem Brennwert (z. B. Papier + Kunststoffe) sind für eine optimale Verbrennung notwendig.

c) Durch die große Anzahl der geplanten Anlagen entsteht ein starker Lobby-Druck, möglichst wenig Müll zu vermeiden.

d) Die Wirkung auf das **Verbraucherverhalten** ist katastrophal: Der bewußte Konsument bekommt tagtäglich vorgeführt, daß Vermeidung + Verwertung unerwünscht sind.

3. Eine weitere **Großtechnologie** unter Kontrolle der Großkonzerne wird errichtet; gerade nach den Erfahrungen mit der Atomenergie u. ä., ist dies nicht akzeptabel.

4. Dezentrale, ortsnahe Abfallbeseitigungssysteme wer-

den durch riesige HVA's unmöglich, vorhandene Systeme zerstört. Dadurch wird der „**Mülltourismus**“ weiter ausgebaut.

5. Das Versagen des Gesetzgebers im Abfallbereich auf Bundesebene und eine irrwitzige Produktions- und Vertriebsweise (Einweg, Verpackungen, Desinteresse an umweltfreundlicher Produktion) wird in den Auswirkungen „**privatisiert**“. Die Bürger haben die Folgen in Form gefährlicher Stoffe usw. zu tragen.

6. Weder **Bund** noch Länder haben ihre rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten zur Vermeidung und Verwertung auch nur annähernd ausgenutzt (z. B. Kennzeichnung von Inhaltsstoffen, Produktions- + Verpackungsverbote, Abgaben auf Einwegverpackungen, flächendeckende „grüne Tonne“, usw.)

7. Die **Ökobilanz** von HVA's ist wahrscheinlich negativ: Nach neueren Berechnungen wird durch deren Bau vermutlich insgesamt mehr Abfall erzeugt als beseitigt.

8. HVA's lösen nicht das ein, was sie versprechen bzw. erreichen sollen: Die **Gewichtsreduzierung** beträgt nur 60–70 %, die restlichen Schlacken und Filterstäube müssen deponiert werden und können im Deponiebereich – insbesondere bei ihrer hohen Schadstoffkonzentration – gefährliche Auswirkungen haben.

9. Die **Energiebilanz** von HVA's ist negativ: Nur ca. 20% der in die Produkte investierten Energie kann genutzt werden.

10. Die **Arbeitsplatzbilanz** ist ebenfalls negativ, da HVA's weitgehend automatisiert betrieben werden und Arbeitsplätze im Recyclingbereich nicht entstehen können.

11. Der **Preis** für die Abfallbeseitigung wird durch kapitalintensive Anlagen hochgetrieben, so daß letztendlich die Bürger den „Preis“ der Verbrennung zahlen und der Staat private Profite durch langfristige Verträge garantieren muß.

12. HVA's sind Ausdruck eines Systems der „**organisierten Verantwortungslosigkeit**“:

a) Entscheidung, Genehmigung, Entwicklung, Aufbau und Betrieb sind in verschiedenen Händen, so daß die Verantwortlichen für negative Folgen nicht auszumachen sind.

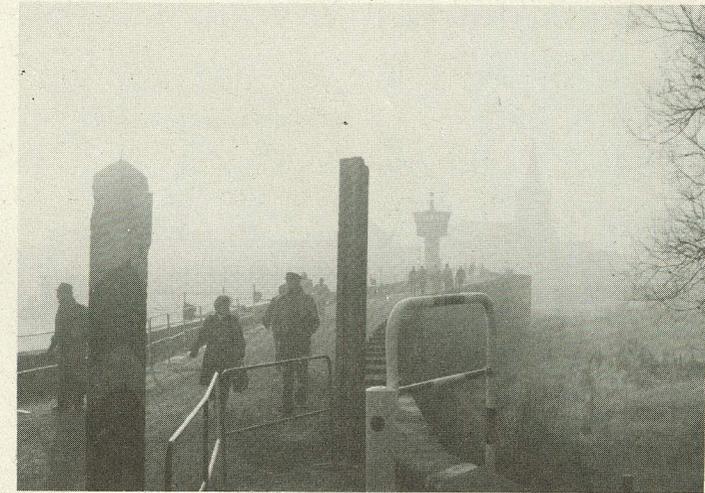
b) Die negativen Folgen treten langfristig auf und sind ursächlich nicht zuzuordnen, so daß weder zeitlich noch von einem bestimmten Emittenten her Krankheiten usw. auszumachen sind.

Fazit: HVA's sind ein erneuter Versuch, grundlegende Probleme unserer Umwelt großtechnologisch zu „lösen“ und sich „einen Dreck“ um die langfristigen Folgen und echte Lösungen zu kümmern. Die **Landkreis-SPD** hat im September nicht nur die HVA abgelehnt, sondern auch ein Müll-Konzept für den Landkreis Osnabrück vorgelegt. Leider ist der Landkreis müllpolitisch immer noch ein „Entwicklungsland“ – trotz großer Worte der Verwaltungsspitze („Großangriff auf die wachsenden Müllberge“, NOZ 20. 1. 90), die sich mit hohlen Phrasen die kleinsten Müllanteile vornimmt und die Müllberge weiter zum Piesberg karren läßt.

Rainer Korte

2. Dezember 1989 – ein Tag in Deutschland

Eine Stunde hatte ich mit meiner Mutter schon auf unsere Bekannten aus Vacha gewartet. Ob sie wohl kommen werden? Wie sie wohl aussehen mögen nach so vielen Jahren? Sie hatten uns 1949 geholfen, in den Westen zu fliehen. Selbst unsere Möbel hatten wir seiner Zeit mit allen Tricks herübergeschafft, unter Kohlen versteckt, auf dem Tender einer Lok, mit alten Milchlastwagen, bei Nacht und Nebel. Über die Werrabrücke sind wir damals, am 1. Oktober 1949, zu Fuß gegangen, um im hessischen Philippsthal den Zug zu erreichen. Ziemlich genau 40 Jahre ist das also her. . . . Jetzt plagt mich die Neugier. Obwohl uns der Bundesgrenzschutz gesagt hat, daß man ohne Paß und Visum nicht hinüberkäme, mache ich mich auf den Weg. An einigen kleinen Absperrgittern vorbei betrete ich die Werrabrücke, die hier etwa 300 m lang ist und das gesamte Flußtal überspannt. Ich befinde mich nun schon über 100 m auf DDR-Seite, ohne gültigen Paß, ohne Visum. Fußgänger hasten an mir vorbei, ohne Zweifel DDR-Bür-



ger, in Richtung Hessen. Andere, mit Plastiktüten beladen, eilen in der gleichen Richtung mit mir zurück nach Vacha. Jetzt erreiche ich das Ende der Brücke. Vor mir sehe ich schon die ersten Häuser meiner Geburtsstadt. Drei Grenzpolizisten kontrollieren hier die Pässe. Hier kann, nein, will ich nicht mehr weiter. Ich kann auch niemanden fragen, ob nicht doch die Möglichkeit bestehe, auch ohne Papiere in die Heimatstadt zu gelangen. Mir sitzt ein Kloß im Hals, ich würde kaum sprechen können. Ich tröste mich aber mit dem Gedanken an die Zukunft, die es bald möglich machen

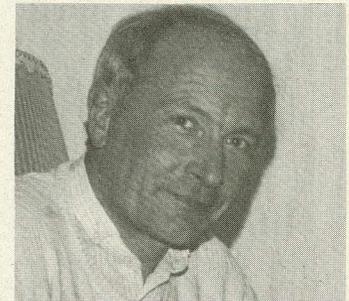
wird, ohne große Formalitäten nach Vacha zu gelangen. Seit 1961 ist dieser Ort hermetisch vom Westen abgeriegelt, liegt im Sperrgebiet. Freunde und Verwandte mußten sich außerhalb dieser Zone treffen. Jetzt ist diese Zeit endgültig vorbei. Im neuen Jahr wollen wir die Besuchsmöglichkeit nutzen, die diesmal unsere Bekannten mit einem Abstecher in den Westen verbanden, um uns zu treffen. Übrigens: Das Foto zeigt die Werrabrücke am 2. Dezember 1989, kurz bevor ich meinen kleinen Spaziergang in die DDR begann.

Klaus Kraegeloh

Sozialneid oder realistische Einschätzung?

Wenn der SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine kritisch auf die Bevorzugung von Aus- und Übersiedlern hinweist, wird ihm vorgeworfen, er schüre den „Sozialneid“ der hiesigen Bevölkerung. Wenn gleichzeitig Arbeitsminister Blüm oder Ministerpräsident Späth die Beseitigung bestehender Ungereimtheiten bei der Behandlung von Aus- und Übersiedlern streichen läßt,

dann ist das nichts! Wer soll das noch begreifen? Verzweifelt versucht die CDU, ihre Fehler, etwa bei der Wohnraumbeschaffung, die sie durch ideologische Engstirnigkeit selbst verursacht hat, dem politischen Gegner anzulasten. So nicht, meine Herren von der christlichen Union! Der Wähler wird dieses Verhalten bei der Wahl im Dezember gebührend berücksichtigen!



Klaus Kraegeloh

Chancen für eine friedliche Zukunft



Ernst Schwanhold

Die letzten Monate des vergangenen Jahrzehnts haben in Europa spannende Veränderungen mit sich gebracht. Ohne Übertreibung gilt die Feststellung, daß Europa und die Welt an einem Wendepunkt stehen. Die Völker Osteuropas haben sich gegen die unmenschlichen und dogmatischen stalinistischen Herrschaftsregime erhoben und eine Revolution herbeigeführt. Darauf können die Menschen berechtigt stolz sein.

Diese Veränderungen haben aber auch Konsequenzen für unsere Politik und die Politik des westlichen Bündnisses insgesamt. Der Satz von Willy Brandt, daß nichts wieder so wird wie es war, hat für die Zukunft besondere Bedeutung. Für uns in der Bundesrepublik hat der demokratische Wandel in der DDR besondere Bedeutung und daraus folgt auch eine besondere Verantwortung für deutsche Politik. Die rasante Entwicklung in der DDR hat dort wie auch hier den Ruf nach Wiedervereinigung ve-

hement laut werden lassen. Nun kann niemand ernsthaft wollen, daß beide deutsche Staaten in der Zukunft getrennt bleiben. Diese Entwicklung stände auch wider die Geschichte. Nur der Begriff Wiedervereinigung ist mindestens falsch, denn ein Zusammenwachsen darf nur unter Beibehaltung der polnischen Westgrenze muß Bestand haben. Wie sich eine Vereinigung vollzieht und in welchen Zeiträumen, wird fast zur nebensächlichen Frage. Wichtig ist nach meiner Meinung besonders eine Reihe von begleitenden Maßnahmen, die zunächst angegangen werden müssen. Die europäische Integration muß mit Macht vorangebracht werden. Nur in einem gemeinsamen europäischen Haus ohne nationale Großmachtideen werden unsere westlichen Nachbarn die Einigung tolerieren. Vor diesem Schritt darf aber nicht durch die Bürger der DDR eine „Abstimmung mit den Füßen“ vollzogen werden. Dieses meint, möglichst viele Menschen in der DDR müssen dort bleiben und den demokratischen Wandel vollziehen. Dazu bedarf es umfangreicher Hilfe von uns. Die Wirtschaft der DDR muß durch massive Hilfe in den Stand versetzt werden, den Bedarf an Gütern und Dienstleistungen zu produzieren, der in der DDR benötigt wird. Gleichsam muß die Infrastruktur, der Wohnungsbau und das Straßennetz modernisiert und intensiviert werden. Nur nach einem erheblichen Fortschritt im ökonomischen Bereich ist die DDR ein gleichberechtigter und gleichwertiger Partner, so daß sich ein allmähliches Zusammenwachsen vollziehen kann. Heute kommt es nicht auf vollmundige Erklärungen an, sondern auf tatsächliche Hilfe.

Neben der wirtschaftlichen Hilfe sind aber auch eindeutige Abrüstungssignale der Nato von gro-

ßem Nutzen. In den Zeiten des demokratischen Wandels in Osteuropa und mit dem Schwinden des lange gehegten Feindbildes im Westen sind ehrgeizige und teure Rüstungsprojekte nicht mehr erklärbar. Weder den Menschen hier noch den Menschen in Osteuropa. Signale des Vertrauens müssen besonders in Osteuropa ein Umlenken der Verteidigungs- und Rüstungsausgaben in wirtschaftliche und ökologische Fortschrittsprojekte möglich machen.

Eine neue friedenspolitische Offensive der Nato wäre die richtige Antwort. Ziel muß die Auflösung beider Blöcke sein. Nur durch drastische Ausgabenveränderungen ließen sich übrigens auch die beiden großen Aufgaben der Zukunft lösen: Entwicklungschancen für die Dritte Welt, ökologische Neuorientierung in den Industrienationen und die Sicherung des Friedens.

Politische Vernunft ist auf beiden Seiten gefordert und uns in der Bundesrepublik Deutschland kommt dabei eine besondere Verantwortung zu.

Ernst Schwanhold
Bundestagskandidat der SPD

Herausgeber:
SPD-Ortsverein GMHütte
Redaktion: Klaus Kraegeloh
Fasanenweg 21
(zugleich verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes)
Satz und Druck:
Druckerei Lothar Günter
Schauenroth 13
4504 Georgsmarienhütte
Auflage: 10 000 Stück

Autofahrer-Lobby!

Zur Entschärfung eines Gefahrenpunktes erster Ordnung hat die SPD-Fraktion im Bauausschuß für ein Teilstück der Straße „Auf der Masch“ (das sind ca. 150–200 m vor den Wohnhäusern, zu Beginn des Industriegebietes Osterheide, Richtung Malbergen, hinter dem Ortsschild, die mit hohen Geschwindigkeiten trotz Tempo 50 befahren werden) einen Antrag auf ein Tempo 30 mit 2 Schwellen o. ä. gestellt.

Die Autofahrer-Lobby, sprich CDU-Mehrheit und UWG, haben dies abgelehnt. Der Knaller kam dabei aus der Verwaltung, die die Interessen der Wirtschaft an unbehinderter Durchfahrt betonte. So ist es seit Jahrzehnten in GMHütte: im Zweifelsfalle wird eben gegen die Interessen der Kinder und Bewohner entschieden und für Autofahrer und Wirtschaft, die ja z. B. an obiger Stelle 10 Sekunden Zeit verlieren!

Rainer Korte

Wohnraum schaffen

Wenn auch der Stadtdirektor die augenblickliche Lage auf dem Wohnungsmarkt als „so dargestellte Wohnungsnot“ bezeichnete (gemeint ist damit, daß es „eigentlich“ genügend Wohnraum gebe), trifft die Situation jeden Wohnungssuchenden hart. Der Markt ist zur Zeit – auch in Georgsmarienhütte – „leergefegt“. Wohnraum muß sofort und in den nächsten Jahren geschaffen werden, um die steigende Zahl

von Aus- und Übersiedlern unterzubringen. Gleichzeitig müssen aber auch die berechtigten Ansprüche der hiesigen Bevölkerung befriedigt werden. Und da liegt manches im argen! Die Stadt Georgsmarienhütte sollte deshalb ernsthaft überlegen, ob sie nicht eine eigene Wohnungsbaugesellschaft gründet, die den Bau von Mietwohnungen vorantreibt.

Klaus Kraegeloh

Rätselraten um erhöhte Nitratwerte

Höhere Nitratwerte von etwa 40 mg je Liter Trinkwasser (erlaubt sind zur Zeit 50 mg!) haben Bürger in Georgsmarienhütte aufgeschreckt.

Bisher galt das aus eigenem Brunnen geförderte Wasser als wenig nitratbelastet. Da die Menge der Eigenförderung nicht ausreicht, beziehen wir seit Jahren etwa 800 000 cbm vom Wasserbeschaffungsverband Osnabrück-Süd.

Dieses Wasser stammt auch aus Brunnen, deren Nitratanteil 50 mg übersteigen. Bisher konnten wir durch eine gute Durchmischung den Nitratanteil weit unter der 50-mg-Grenze halten.

Warum das nun plötzlich nicht mehr zu gelingen scheint, wird den Umweltausschuß in seiner nächsten Sitzung beschäftigen.

Rainer Korte

Übergangwohnheim Kloster Oesede

Durch die Aufnahmeverpflichtung für 100 Personen aus dem Bereich der Aus- und Übersiedler ist es notwendig geworden, die alte Jugendherberge in Kloster Oesede aufzukaufen und als Übergangwohnheim herzurichten. Zur Zeit werden zahlreiche Umbau- und Reparaturmaßnahmen durchgeführt. Die auftretenden Kosten tragen Land und Kreis. Die aufgenommenen Familien werden in kleinen Gruppen auf die Zimmer verteilt

und von einer Gemeinschaftsküche gepflegt. Die Küche leitet jetzt eine Frau, die selbst aus der DDR übergesiedelt ist. Die aufgenommenen Aus- und Übersiedler werden aus den Aufnahmelagern zugewiesen und sollen etwa 3–9 Monate im Übergangwohnheim verbringen. Die Dauer des Aufenthalts wird sich in erster Linie nach dem zu beschaffenden Wohnraum richten.

Klaus Kraegeloh

Gifte und Chemikalien auf öffentlichen Wegen

Weitere Leserschriften zum Thema „Umweltschutz im Krankenhausbereich“

An den Träger
des Franziskus-Hospitals
Franziskus-Hospital
4504 GMHütte-Harderberg

Sehr geehrte Damen und Herren!
Durch ein Faltblatt der SPD er-
fahre ich von dem Schriftwechsel
zwischen einem Patienten des
Franziskus-Hospitals und des-
sen Verwaltungsdirektor, Herrn

Wemhoff. Dem entnehme ich, daß
das Hospital aus personellen
Gründen nicht in der Lage ist,
Parkflächen und Gehwege von
Pflanzen freizuhalten, da der Kos-
tenträger nicht genügend Geld-
mittel zur Verfügung stellt. Des-
halb müßten chemische Mittel
eingesetzt werden.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie
mir mitteilen würden, ob dies tat-
sächlich stimmt und wenn ja, wie

sich das mit den einschlägigen
Vorschriften verträgt. Meines
Erachtens ist Harderberg auch
Wasserschutzgebiet.

Für Ihre baldige Antwort vielen
Dank im voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Lothar Meyer
Feuerstätte 8
4504 Georgsmarienhütte

Franziskus-Hospital Harderberg

Sehr geehrter Herr Meyer!

Im Namen des Krankenausträ-
gers dürfen wir Ihr Schreiben vom
2. 11. 1989 wie folgt beantworten.

Bei der Veröffentlichung im SPD-
Mitteilungsblatt „Georgsmarien-
hütte im Gespräch“ ist fälschlich-
erweise davon die Rede, daß
hier Unkrautvernichtungsmittel
eingesetzt worden sind.

Dazu möchten wir richtigstellen,
daß dieses hier nicht der Fall ge-
wesen ist, jedoch trifft es zu, daß
wir ein Mittel gegen saugende
und beißende Insekten einge-
setzt haben. Dabei sind von unse-

rem Krankenhaus die für den Ein-
satz solcher Mittel notwendigen
Vorsichtsmaßnahmen berück-
sichtigt worden.

Insofern ist von uns aus für die
Verantwortung im Rahmen des
Umweltschutzes alles Nötige be-
achtet worden.

Unseres Wissens – und dieses
hat die Stadt Georgsmarienhütte
mittlerweile auch bestätigt – gibt
es keine Verordnung, die den
Einsatz solcher Mittel verbietet.

Dennoch haben wir für unser
Haus inzwischen beschlossen,
ähnlich wie die Stadt Georgsma-

rienhütte dieses für ihre Einrich-
tungen vorgenommen hat, künf-
tig solche Mittel nicht mehr einzu-
setzen.

Auch die von der SPD entfachte
Diskussion zu diesem Thema hat
uns dazu veranlaßt, die Verant-
wortung für den Umweltschutz so
ernst wie möglich zu nehmen.

Wir hoffen, Ihnen hiermit eine be-
friedigende Antwort gegeben zu
haben und verbleiben

Mit freundlichen Grüßen
FRANZISKUS-HOSPITAL
HARDERBERG

Wemhoff (Verwaltungsdirektor)

CDU für Hausmüll-Verbrennungsanlage??

Zur Unterstützung des Wi-
derstandes gegen eine Müll-
verbrennungsanlage in Os-
nabrück hat die SPD-Frak-
tion einen entsprechenden
Antrag in den Umweltaus-
schuß GMHütte eingebracht.
In arroganter Manier – in-
dem sie **jede Diskussion**
über diesen Antrag verwei-
gerte – lehnte die CDU-
Mehrheit mit 5 : 4 Stimmen
den SPD-Antrag ab.

Im Gegensatz zur CDU in

Osnabrück bejaht die CDU-
Georgsmarienhütte damit
eine solche Anlage – oder?
Haben uns nicht andere Ge-
meinden im Widerstand ge-
gen die Sondermüllverbren-
nungsanlage geholfen? Wa-
rum will die CDU nicht auch
anderen eine Hilfestellung
geben?

Geht uns die Anlage am
Piesberg nichts an? Liefert
der Landkreis nicht fast die
Hälfte der am Piesberg an-

gelieferten Müllmengen?
Welches Ziel verfolgt die
CDU-Mehrheit im Stadtrat
Georgsmarienhütte in Sa-
chen Müllverbrennung –
oder will die CDU wie damals
bei der Sondermüllverbren-
nungsanlage ein Jahr Zeit
haben, um dann noch Stel-
lung zu beziehen?

Fragen über Fragen, die
durch parteitaktische Spiel-
chen beantwortet werden!

Rainer Korte